



Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiww.eu) welfens@eiww.uni-wuppertal.de
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | *NRW-Wahldebakel SPD mit verursacht durch*

*falsche Wirtschaftspolitik; * Mindeststeuersätze bei G20-Gipfel einzufordern; **

*Unverändert neue Banken-Deregulierungs-Gefahren in OECD-Ländern; **

Exportüberschüsse via Senkung Mehrwertsteuersätze

Wirtschaftspolitik in Deutschland und der EU 2017: Fehlansätze überwinden

Wuppertal, 22. Mai 2017 (Wirtschaftspolitik2017)

Nach der NRW-Wahl ist eine neue Debatte zur Politik entstanden – was ist sehr wichtig?

1. Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland ist im Windschatten sehr niedriger realer Zinssätze in der EU und hohem Wirtschaftswachstum in der Weltwirtschaft in 2017 gut. Sie war allerdings noch **2015 mit kaum einem halben Prozent Wirtschaftswachstum ausgesprochen schlecht im großen Bundesland Nordrhein-Westfalen**. Die Fakten (&NRWDenkschrift EIIW) waren Ministerpräsidentin Kraft und Wirtschaftsminister Duin bekannt. Aber **Frau Kraft behauptete im Gespräch, dass kritische Analyse irrelevant sei; ihre wöchentlichen Betriebsbesichtigungen aber gäben ein sehr positives NRW-Wirtschaftsbild**: Das ist bei objektiv schwachen Zahlen eine allzu naive Sicht der Welt - **wissenschaftsfeindlich und ein hochmütiger Selbstbetrug** dazu, dessen Konsequenzen sich im miserablen SPD-Landtagswahlergebnis im Mai 2017 nieder schlugen. Politik sollte den **Dialog mit der Forschung** kompetent pflegen.
2. Die **starre Finanzpolitik in Berlin** ist zugleich sonderbar und in weiten Teilen unverantwortlich: Wer als Finanzminister erklärt, er könne nichts an den hohen Exportüberschüssen Deutschlands ändern, führt die Öffentlichkeit wirr in die Irre. **Eine Mehrwertsteuersatz-Senkung um 2-3 Prozentpunkte** kann die Nachfrage nach handelsfähigen Gütern in Deutschland rasch steigen und damit die Exportüberschussquote sinken lassen. Sie ist seit 2011 höher als die in der EU vereinbarte Obergrenze von 6% - **wer Regeln einzuhalten von anderen EU-Ländern fordert, muss sich selbst an die Regeln halten: 7 Jahre untätig beim Überschießen der Obergrenze von 6%-Exportüberschussquote zu bleiben, ist europafeindlich**. Klar ist, es könnte eine verminderte Überschussquote Deutschlands den EU-Partnerländern helfen, über mehr eigene Exportdynamik das Realeinkommen zu erhöhen, was wiederum in Deutschlands langfristigem Interesse ist; im Übrigen auch der Exportwirtschaft. Dass man Griechenland im Übrigen zwingt, ab 2019 die Renten nochmals um 18% zu kürzen, kann man nur unmoralisch nennen – was denkt sich die Bundesregierung bzw. das bei den internationalen Verhandlungen mit Athen federführende Finanzministerium eigentlich? Dass Griechenland nach sieben Jahren Rezession – Rekord unter den westlichen Ländern - wieder in 2016/2017 in der Rezession steckt, ist



allerdings der wirtschaftspolitisch unfähigen Tsipras-Regierung wesentlich zuzuschreiben. In Griechenland fehlt eine Verfassungsreform, wobei die Venedig-Kommission seit Jahren hier mit Rat überfällig ist. Griechenland braucht mehr Hilfe bei Reformen, sonst wird das Politiksystem ganz und gar zerstört und radikalisiert.

3. **Die DIW-Behauptungen von einer großen Investitionslücke** in Deutschland ist eine Fehlsicht: Wenn man das jahrzehntelange Sinken des Preisindex der IKT-Kapitalgüter (IKT= Informations- und Kommunikationstechnologie) korrekt einrechnet bzw. ein reale Investitionsquote berechnet, dann ist die Investitionsquote Deutschlands rund 2 Prozentpunkte (1/10 etwa) höher als vom DIW in seinen Analysen zur nominalen Investitionsquote behauptet (s. **EIIW Forschungspapier**). Auch bei der Europäischen Kommission zeigen die Analysen zu Deutschland keine größere Investitionslücke. Richtig ist allerdings, dass die Bundesregierungen ihren Ankündigungen zum Breitbandausbau ewig hinterher hinkt; nicht einmal Bahnfahren gibt es flächendeckend digitalfähig.
4. Der **politische Farbenmix in Deutschland dürfte sich mittelfristig deutlich ändern**. Mit dem Atomausstieg 2022 verlieren die Grünen ihr Hauptthema. Die SPD wie die CDU werden sich vor allem auf die FDP als Koalitionspartner hin orientieren müssen – wobei man hoffen mag, dass die ökonomisch oft unsinnige AfD hinwegschmilzt, noch dazu mit ihrem Nationalismus und Populismus und ihrer dumpfen Ausländerfeindlichkeit. Wenn laut Parteiprogramm die **AfD Atomkraftwerke weiter betreiben lassen will und sich zugleich als marktwirtschaftliche Partei ausgibt, kann der Widerspruch kaum größer sein**: Denn eine marktmäßige Versicherbarkeit der Atomstromproduktion gibt es nicht; mit vorgeschriebener Mindest-Deckungssumme von 2,5 Mrd. € ist eine Atomanlage in Deutschland mit etwa 1/2000 des Schadensbetrages bei einem GAU (größter anzunehmender Unfall) versichert. Das ist lächerlich gering und eine massive versteckte Subventionierung des Atomstroms, die sich ähnlich in Frankreich und anderen Atom-Ländern findet.
5. **Gegenüber China betreiben die EU und die USA seit Jahren eine viel zu duldsame Politik in Sachen Direktinvestitionen**: Während Firmen aus der EU und den USA in vielen Sektoren keine Mehrheitsbeteiligung erwerben können, steht für Chinas Direktinvestoren in Deutschland und der EU fast jede Firma oder Bank grundsätzlich zu 100% zum Verkauf; falls gewünscht. Das sorgt für einen beschleunigten Technologietransfer Richtung China, zulasten der Einkommens- bzw. Lohnführungsposition in EU-Ländern. Chancengleichheit in China ist zu fordern – sein Eintritt in die Weltwirtschaft ist eine enorme Herausforderung.
6. **Deutschland sollte sich bei der G20 für Mindest-Einkommenssteuersätze einsetzen**. Zusammen mit EU-Partnern sollte gegenüber den USA und UK eine solche Position aufgebaut werden: Denn auf Dauer können Globalisierung der Wirtschaft, Wohlstand, Demokratie und politisch-ökonomische Stabilität nicht zusammen erreicht werden, wenn eine Dauer-

Unterfinanzierung der Sozialen Marktwirtschaft käme. Freihandel, freier Kapitalverkehr und internationale Umweltpolitik plus Regulierungskooperation sind wünschenswert. Im Übrigen besteht bei flexiblen Wechselkursen ein bislang nicht beachteter Eigendruck, ein Übermaß an Deregulierung von Banken zuzulassen (Welfens, EIIW paper Nr.238).

7. Es ist Zeit für eine Gemeinschaftsinitiative Deutschland-Frankreich plus andere EU-Länder, **um die Integration in der Eurozone zu vertiefen**: Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben sowie die ersten sechs Monate (ohne Jugendarbeitslosigkeit) der Arbeitslosenversicherung könnten auf die supranationale Ebene verlagert werden. Das kann Effizienzgewinne bringen und dabei zudem den politischen Wettbewerb in Brüssel schärfen sowie die Stimmenanteile von radikalen Klein-Parteien wirksam vermindern. Laut Forschungsgruppe Wahlen erhalten diese bislang mangels Erkennbarkeit der EU-Aufgaben aus Wählersicht bei Europa-Wahlen hohe Stimmanteile; mit Investition von Wahlkampfkostenerstattungen und EU-Finanzressourcen, die dann national für Wahlen investiert werden. Das ist groteske politische EU-Selbstzerstörung. Dabei dominieren im 21. Jahrhundert die USA und China, das bis 2030 sein Bruttoinlandsprodukt nochmals verdoppeln und mehr Einfluss bekommen wird.
8. Die EU-UK-Verhandlungen können der May-Regierung keine großzügigen Bedingungen beim EU-Binnenmarktzugang bringen: Denn **Großbritanniens Regierung hat in 2016 kein ordnungsgemäßes EU-Referendum durchgeführt**: Camerons 16-Seiten-Infobroschüre für die Haushalte verschwiegen den Hauptbefund der Finanzministeriums-Studie, wonach ein BREXIT 10% Einkommensrückgang – 1800 Pfund pro Kopf – bedeutete (Ergebnis wäre 52,1 pro EU gewesen). Im Schottland-Referendum wurde den Haushalten erklärt, dass 1400 Pfund pro Kopf an Verlust für jeden Schotten und der Verlust der britischen EU-Mitgliedschaftsvorteile drohten. Während die OECD zeigte, dass die EU-Immigration für UK positive Nettobeiträge für den Staatshaushalt bedeutet, Cameron und May die EU-Zuwanderung perfide als Bürde dargestellt. Die EU-Kommission sollte Premier May hier öffentlich zu Erklärungen auffordern. Die Anti-EU-Einwanderungsrhetorik Camerons schuf Sündenböcke, um abzulenken von massiven Transferkürzungen der UK-Regierung an die Städte, wo es zur Unterversorgung bei öffentlichen Diensten kam. Die Kürzungen waren wegen der Bankenkrise nötig, als danach nämlich die Relation Staatsdefizit zu Nationaleinkommen auf 11% stieg. Die Bankenkrise von 2007-09 führte also indirekt wesentlich mit zum BREXIT. Letzterer führt zu neuer Deregulierung, die von eigenständiger Trump-Deregulierung gefährlich den Westen begleitet wird.
9. **Hohe Jugendarbeitslosenquoten in EU-Ländern sind energisch anzugehen**. Frankreichs national einheitlicher, zu hoher Mindestlohnsatz – bei fast 10 € pro Stunde in 2017 - hat über Jahrzehnte zu sehr hohen Jugendarbeitslosenquoten geführt; doppelt so hoch wie in Deutschland; in

Zeiten des radikalisierenden Islamismus lebensgefährlich. Statt den Mindestlohn vernünftig regional zu differenzieren, ließ Präsident Hollande als Abmilderung gegen den hohen nationalen Mindestlohn den Mindestlöhner beschäftigenden Firmen jährlich 1% des Bruttoinlandsproduktes an Subventionen auszahlen: Das ist ein Widerspruch in sich; und heißt – bei angenommenen 1,5% Trendwachstumsrate -, dass nur durch diese kreditfinanzierten Subventionen in Frankreich langfristig eine Staatsschuldenquote von 67% entsteht. Berater, die einen gemeinsamen Mindestlohnsatz Deutschland-Frankreich fordern, sind ganz **unverantwortlich**.

10. In **Deutschland ist die im Grundgesetz bei 0,35% Obergrenze festgelegte konjunkturneutrale bzw. strukturelle Defizitquote deutlich zu gering.** Bei 1,5 % Wirtschaftswachstum im Trend ist dann die langfristige Schuldenquote bei 23,3% - weniger als die Schweiz hat und bedeutet für die Eurozone insgesamt eine Beschädigung des Euro-Kapitalmarktes in der durchschnittlichen, dann absinkenden Rating-Qualität aller Staatspapiere. Erwägenswert ist es, ein Euro-Parlament einzuführen, das auch bis zu 0,35% Defizitquote strukturell fahren darf, was insgesamt auf 50% Schuldenquote in der Eurozone hinausläufe, sofern andere Eurozonen-Länder ähnliche Defizitgrenzen wie Deutschland hätten. Eurobonds sollte das Euro-Parlament emittieren dürfen, sofern es eine verfassungsmäßig verankerte Schuldenbremse supranational und national gibt.
11. Es besteht **kein Grund zum Pessimismus, sofern die Politik endlich in der Wirtschaftspolitik auf Professionalität & solide Analyse** (nicht H.W Sinn) **setzt.**
12. **Viele Politiker lassen keine europäische Öffentlichkeit zu** – indem nämlich Nachrichten nationaler TV-Programme schon in den EU-Partnerländern digital blockiert werden. Es ist unakzeptabel, enorm widersprüchlich, wenn Politiker grenzüberschreitendes TV per Gesetz verhindern. Freies EU-TV ist dringlich.

Aktuelle Analyse [Buch: Welfens, BREXIT aus Versehen](#)

Forthcoming: Paul Welfens, *An Accidental Brexit*, London: Palgrave Macmillan

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

Paul J.J. Welfens [Brexit aus Versehen](#) Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, 2017, 401 S.Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3 **Auch als eBook (€ 14,99)**

Kontakt Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | wiens@eiiw.uni-wuppertal.de